

2163/J XXI.GP
Eingelangt am: 20.03.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Reheis, Mag. Brunhilde Plank
und GenossInnen
an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend Alpenkonvention

Am 31 Oktober 2000 haben die Umweltminister der acht Alpenstaaten und die Europäische Gemeinschaft als Vertragspartner der Alpenkonvention in Luzern das Verkehrsprotokoll ohne Vorbehalte angenommen und unterzeichnet. Damit ist es nach mehr als zehn Jahren Verhandlungen gelungen, einen verkehrspolitischen Rahmen über das gesamte Alpengebiet zu finden. Die Besonderheit der Alpen wurde anerkannt und damit auch die Notwendigkeit besonderer Regelungen für den Verkehr im Alpengebiet.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

Anfrage:

1. Welche Position haben Sie als Verkehrsminister zur Alpenkonvention sowie hinsichtlich des Verkehrsprotokolls zur Alpenkonvention?
2. Wie soll die Alpenkonvention jetzt real politisch für Österreich genützt werden? Ist dies nicht ein guter Ansatz, um eine Verlängerung des Transitvertrages voranzutreiben?
3. Sind Sie mit dem Streit - und Schlichtungsmechanismus sowie der Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die den Informations - und Erfahrungsaustausch fördern soll, zufrieden?
4. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Verwaltungsbüro in Innsbruck angesiedelt wird? Was werden Sie dafür unternehmen?